Nebraska Staats-Anzeiger.

Jahrgang 21. Lincoln, Neb., Donnerstag, 13. December 1900 No. 30.

State Hist. Society Lin.

Ausland-Depeschen.

Ein Sekretär Lihungtschangs wegen Verraths verhaftet.

Die Briten sind gegen eine Befestigung des Nikaraguakanals.

Hinrichtung eines Massenmörders.

Deutschland.

Berlin, 11. Dez.

Der Reichskanzler Graf von Bülow antwortete heute auf die Anfrage, warum der Präs. Krüger nicht vom Kaiser Wilhelm empfangen worden sei. Er erklärte, die Regierung habe alles in ihrer Macht stehende gethan, um den Krieg zu verhüten und habe die beiden Republiken nicht im Zweifel gelassen betreffs des Standes der Dinge in Europa und betreffs der Neutralität Deutschlands. Als im Jahre 1899 die Frage einer schiedsgerichtlichen Beilegung nicht ganz ausgeschlossen war, machte die Regierung Herrn Krüger eine diesbezügliche Empfehlung. Derselbe glaubte aber, die Zeit für ein Schiedsgericht sei noch nicht gekommen. Als dann später Krüger Intervention wünschte, waren seine Ideen der holländischen u. der deutschen Regierung viel zu hochgespannt. Für die deutsche Regierung war es weggeworfene Zeit Rathschläge zu geben. Deutschland war überzeugt, daß irgend ein Schritt einer Großmacht zu jener Zeit ein kritisches Unternehmen wäre und zu keinem Resultate führen würde. „Es war für uns gar keine Nothwendigkeit vorhanden," fuhr der Kanzler fort, „unsere Finger zwischen die Thüre und die Thürangeln zu stecken." Er fügte noch hinzu, daß, als die Ver. Staaten in sehr höflicher Weise Großbritannien Vermittelung vorschlug, eine solche offiziell und ganz entschieden abgelehnt wurde. Intervention hätte also zu Krieg führen können.

Die Antwort des französischen Minister des Aeußern, Delcasse, an Krüger, legte v. Bülow etwa so aus: „Frankreich wird auf keinen Fall die Initiative ergreifen, würde ihr aber nicht opponiren, wenn gewisse Eventualitäten bekannt würden, vorausgesetzt, sie wären geeignet, den französischen Interessen zu dienen."

Der Kanzler bemerkte dann, daß er selbst der Lage nicht besser hätte begegnen können. Ovationen für Krüger in Deutschland, hob er hervor, hätten die internationalen Beziehungen gestört und weder Krüger noch Deutschland etwas genützt. Deutschland sei Großbritannien um kein Haar mehr verpflichtet, als Großbritannien Deutschland. Aber den Don Quixote gegen Großbritannien zu spielen wäre eine Thorheit, für die er nicht verantwortlich sein wolle.

Während der Debatte über das Budgett im Reichstage sprach der Sekretär des Reichsschatzamtes, Frhr. v. Thielmann, in pessimistischer Weise über die wirthschaftliche Lage in Deutschland. Er sagte, das System habe sich seit dem Sommer radikal geändert und das Volk müsse darauf vorbereitet sein, ein paar Jahre lang die unnatürlich forcirten Verhältnisse sich verschlechtern zu sehen. Der Rückgang werde jedoch nicht die Form eines allgemeinen finanziellen Kraches annehmen wie in 1873. Diese Periode des abnehmenden Handels könne nicht vorüber gehen, ohne daß das Budget des Reiches in Mitleidenschaft gezogen werde; daher sei es nothwendig, die Reserven des Schatzamtes zu stärken.

Betreffs der Abschaffung der Zuckerprämien sagte der Sekretär, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich, Frankreich und Deutschland noch nicht beendet seien, daß sie aber wahrscheinlich eine Basis für ein endgültiges Abkommen schaffen würden. Für 1901 müsse eine erhöhte Ausgabe von 53,000,000 Mark irgend wie gedeckt werden. Es werde daher die Ueberschreibung der Uebrschuß-Einnahmen an die Bundesstaaten eingestellt werden. Eine allgemeine Uebersicht der jetzigen Lage biete, schloß der Sekretär, ein entschieden weniger angenehmes Bild als letztes Jahr.

Berlin, 11. Dez.

In dem Prozeß gegen den Bankier Sternberg wurde die oftgenannte „Masseuse" Margarethe Fischer, welche bekanntlich der Gerichtshof aus New York hatte kommen lassen, als Zeugin vernommen. Betreffs ihrer Personalien erklärte sie zunächst, daß sie nicht mehr Fischer heiße, da sie sich in New York mit dem beschäftigungslosen früheren Hotelbesitzer Miller verheirathet habe. In ihren weiteren Aussagen suchte sie Sternberg möglichst zu entlasten, doch mußte sie zugeben, daß sie von Sternberg große Geldsummen erhalten habe. Zwischen Sternberg und der Frida Woyda sei ihres Wissens, erklärte sie, nichts passirt. Es sei richtig, daß sie für einen Maler Modell-Inserate erlassen habe. Mit diesem „Maler" sei Sternberg gemeint gewesen. In New York sei sie von dem früheren Berliner Rechtsanwalt Fritz Friedmann, von dessen Verwandten Eugen Friedmann und von dem Notar Kemptner aus Berlin besucht worden. Die Genannten hätten jedoch nicht versucht, sie zu beeinflussen, sondern hätten sich nur erkundigt, ob die Aussagen der Frida Woyda wahr wären. Eugen Friedmann habe dann, nachdem er nach Deutschland zurückgekehrt war, ihr depeschirt, daß er sie in Southampton erwarten werde. Sie habe keine Ahnung davon gehabt, daß in ihrer Wohnung unzüchtige Handlungen vorgenommen worden seien. Von der angeblichen Badeszene habe sie erst durch Kempiner gehört.

Man merkte, daß sie mit der Wahrheit zurückhielt. Das, was sie aussagte, war nicht das Reisegeld werth, und die Beantwortung wesentlicher Fragen lehnte sie mit dem Bemerken ab, daß sie sich selbst inkriminiren würde. Die Taktik der Fischer war so durchsichtig, daß der Vorsitzende einmal an die Zeugin die Frage richtete: „Sind Sie aus Amerika hergekommen, um uns vorzureden, daß der achtzehnfache Millionär und Villenbesitzer Sternberg Sie nur aufgesucht habe, um sich auszuruhen und mit Ihnen zu plaudern?"

Weiter ist aus dieser Sitzung nur von Interesse, daß Sternberg auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Kriminalkommissar Thiel, wie dieser zugestanden, von ihm, dem Angeklagten 7000 Mark erhalten habe, die charakteristische Antwort gab: „Ich weiß nicht." Interessant ist auch, daß Thiel, wie sich jetzt herausgestellt hat, anfänglich Theologie studirte.

Die Berliner Anwaltkammer hat bei der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht die Einleitung eines Disziplinverfahrens und die Einsetzung eines Ehrengerichts gegen den Hauptvertheidiger im Sternberg-Prozeß, Justizrath Sello, beantragt.

Berlin, 11. Dez.

Dem Reichskanzler Grafen Bülow prophezeit man höchstens eine dreijährige Amtszeit. Man wirft ihm namentlich vor, daß er England Portierdienste leiste, wofür Deutschland das Trinkgeld in Gestalt Samoa's und des Yangtse-Abkommens erhalten habe. Am lautesten poltern die Agrarier, die jetzt hauptsächlich darauf herumreiten, daß der Nicht-Empfang Paul Krüger's ein politischer Fehler gewesen sei. Aber die Agrarier unterschätzen den Grafen Bülow entschieden, wenn sie meinen, daß die Absage an Krüger deshalb erfolgt sei, weil dem Kanzler die Beschwörung des Krüger-Sturms schwierig gewesen sei. Die maßgebenden Kreise haben sich keiner Schroffheit gegen Krüger schuldig gemacht. Sie mißbilligten auch den Uebereifer der Kölner Polizeibehörde, wie er in dem Verbot eines Fackelzuges, einer Serenade der Kölner Gesangvereine und einer Huldigung der Bonner Studenten in vollstem Wichs zu Tage trat. Für das Scheitern des Besuchs in Berlin ist, wie die „Vossische Zeitung" sehr richtig ausgeführt hat, lediglich Dr. Leyds verantwortlich, der den ursprünglichen Reiseplan umwarf, um die Berliner Regierung zu überrumpeln.

Die klerikale „Kölnische Volkszeitung" sagt, ob der Nicht-Empfang Krüger's ein politischer Fehler gewesen sei, werde sich erst später feststellen lassen. Für die Beurtheilung des Falles fehle der Presse die Kenntniß der diplomatischen Kulissengeheimnisse. Die „Hamburger Nachrichten" rühmen Krüger's würdiges Empfinden und diplomatisches Geschick, welches er dadurch bekundete, daß er die Absage des Kaisers mit der Niederlegung eines Kranzes am Sarkophag Kaiser Wilhelms I. beantwortete.

Fast alle Blätter erkennen jetzt an, daß lediglich die unrichtige Uebersetzung der Botschaft des Präsidenten McKinley die irrige Auffassung hervorrief, daß der auf Deutschland bezügliche Passus der Botschaft in kühlem Tone gehalten sei.

Das amtliche „Dresdner Journal" theilt mit, Kultusminister Dr. von Seydewitz habe ermittelt, daß die Aeußerungen des Prinzen Max von Sachsen in einer vor italienischen Arbeitern gehaltenen Predigt, durch welche die evangelische Bevölkerung des Königreichs Sachsen lebhaft beunruhigt worden sei, theilweise mißverstanden worden wären. Der vom Prinzen gebrauchte Ausdruck „infideli" (Ungläubige) habe nicht den evangelischen Christen, sondern den Gottesleugnern und Sozialisten gegolten. Seine königliche Hoheit wünsche, fährt das „Journal" fort, um weitere Erregung und Mißverständnisse zu vermeiden, in absehbarer Zeit keine kirchenamtlichen Funktionen in Sachsen auszuüben. Sollte dies doch geschehen, so werde die Regierung ihrer Verpflichtung, den öffentlichen Frieden zu schützen, gewiß eingedenk bleiben. Hierzu bemerkt die „Kölnische Volkszeitung", das rheinische Centrumsblatt, der Artikel des „Dresdner Journal" sei weitaus das Empörendste, das je auf dem Gebiete sächsischer Rückständigkeit und Katholikenverfolgung vorgekommen sei.

(Prinz Max von Sachsen ist katholischer Priester und Professor des kanonischen Rechts an der Universität Freiburg in der Schweiz.)

Der bei der Einnahme der Taku-Forts schwer verwundete Kommandant des Kanonenbootes „Iltis", Korvetten-Kapitän Lans, ist jetzt so weit wieder hergestellt, daß er von Yokohama, wo er bis jetzt im Lazareth gelegen hat, die Reise nach der Heimath antreten konnte.

Einer Mittheilung des „Vorwärts" zufolge stellt die Ehrhart'sche Gewehr-Fabrik in Düsseldorf ein neues, von einem Norweger erfundenes Armee-Gewehr her, dessen probeweise Einführung bei der 20. Division (Hannover) der Kaiser angeordnet hat.

Das Ober-Kriegsgericht in Breslau hat den Hauptmann Walther Sauer der Fälschung schuldig befunden und zur Entfernung aus dem Heere sowie zu einer dreijährigen Gefängnißstrafe verurtheilt. (Die Rangliste für 1900 weist nur einen Hauptmann Sauer auf und zwar ist dieser Hauptmann der Reserve des Füsilier-Regiments Königin (Schleswig-Holsteinisches) No. 86.

Die erste Aufführung der „Orestie" von Aeschylus in der Wilamowitz-Möllendorf'schen Uebersetzung im Wiener Hofburgtheater war eine Glanzleistung. Joseph Kainz als Orestes und Frau von Medelsky als Kassandra waren großartig. Die Inszenirung des Werkes zeugte von großem Verständniß.

Anläßlich der glänzenden Jubiläums-Aufführung von Wagner's „Lohengrin" im Hoftheater zu Weimar hat der Großherzog den Sängerinnen Frau Mottl, Frau Milde und Frl. v. Kryzanowski die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen und die Sänger Jauer und Strathmann zu Kammersängern ernannt. Der Vorstellung wohnte auch der Sänger-Veteran Albert Niemann bei, der den „Lohengrin" unzählige Male selbst gesungen hat. Allgemein fiel die Abwesenheit Siegfried Wagner's auf. („Lohengrin" wurde im Jahre 1850 zum ersten Male in Weimar aufgeführt.)

Der Musiker Zerrahn, Mitglied des Bostoner Symphonie-Orchesters, ist von seiner Vaterstadt Malchow in Mecklenburg-Schwerin zum Ehrenbürger ernannt worden.

Im Kindlsaale in München fand eine von Tausenden besuchte Versammlung statt, in welcher gegen die Art der englischen Kriegsführung in Südafrika und gegen die Haltung Deutschlands in der Krüger-Frage protestirt wurde. Auch viele Professoren und Künstler nahmen an der Versammlung theil.

Der berühmte Maler Adolf von Menzel, hat heute in Berlin in voller Rüstigkeit seinen 85. Geburtstag gefeiert.

In Geestemünde ist ein neuer Dampfer des Norddeutschen Lloyd wohlbehalten vom Stapel gelaufen. Der Dampfer hat den Namen „Neckar" erhalten.

In Peking ist der deutsche Seesoldat Anton Wiesel am Typhus gestorben. Musketier Meinke fiel in einem Gefecht.

Die Regengüsse der letzten Woche haben die Gewässer der Fulda dermaßen angeschwellt, daß in Kassel die Straßenbahnen ihre Fahrten einstellen mußten.

Zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ist Graf von Götzen ernannt worden, welcher durch seine Reisen in Afrika bekannt ist.

Oesterreich.

Wien, 11. Dez.

Das Verwaltungsgericht in Wien hat die Beschwerden der Gemeinderäthe von Linz und Innsbruck gegen das von den betreffenden Statthaltereien ergangene Verbot, eine Straße Bismarckstraße zu nennen, verworfen.

In Budapest hat der Schwiegervater des Dichters und Politikers Maurus Jokai, der Spiritusbrenner Groß, mit eigener Hand seinem Leben ein Ende gemacht. (Maurus Jokai hat sich vor etwas über Jahresfrist mit einer Tochter des Groß, einer ehemaligen Schauspielerin, verheirathet.)

Großbritannien.

Liverpool, 11. Dez.

Eine Sympathieversammlung für die Buren, die für heute unter dem Vorsitze von Maud Gonne abgehalten werden sollte, ist von der Polizei verboten worden.

London, 11. Dez.

Heute fuhren die 3 Compagnien des Royal Canadian Regiments, welche hier vor 14 Tagen ankamen, nach Liverpool ab. Eine große Menschenmenge, besonders Weiber und Mädchen marschirten mit den Kanadiern singend und johlend zum Bahnhofe. Morgen segeln die Kanadier auf dem Dampfer „Lake Champlain" ab.

Entgegen der angeblich von dem amerikanischen Senator Lodge ausgesprochenen Meinung, daß die britische Regierung der amerikanischen die Befestigung der beiden Enden des Nicaragua-Kanals gestatten werde, ist hier bekannt, daß sich die einflußreichsten Minister der hiesigen Regierung, Salisbury, Chamberlain, Arthur Balfour u. a. m. entschieden gegen die Befestigung ausgesprochen haben. Nur eine englische Zeitung, und zwar der „Spektator" sagte, daß es England gleichgiltig sein könne, ob der Kanal-Eingang befestigt werde oder nicht.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Dez.

Nach einer amtlichen Schätzung der Winter- und Frühjahrssaat wurde dieselbe in 64 Kreisen des europäischen Rußlands auf 658,800,000 Pud Weizen, 1,401,700,000 Pud Roggen und 721,600,000 Pud Hafer geschätzt. (1 Pud gleich ⅓ Zentner.)

Livadia, 11. Dez.

Heute Morgen wurde über das Befinden des Zaren folgendes Bulletin ausgegeben: Schlaf und Appetit des Zaren sind sehr gut, Temperatur und Pulsschlag normal.

Schweden.

Vesteraas, 11. Dez.

Philipp Nordlund, welcher am 17. Mai (wie s. Z. ausführlich berichtet) auf dem Dampfer „Prins Carl" 7 Personen ermordete und 5 verwundete, wurde heute enthauptet. Auf dem Schafott sang der Verurtheilte noch einen Psalm.

Norwegen.

Lauvrig, 10. Dez.

Das von dem Prinzen Heinrich von Preußen befehligte Geschwader ist hier angekommen. Von hier fährt es nach Kiel und später nach Holland, wo Prinz Heinrich der Hochzeit der Königin Wilhelmine beiwohnt.

Niederlande.

Haag, 10. Dez.

Präs. Krüger empfing heute eine Abordnung des Alldeutschen Verbandes. Er dankte seinen „deutschen Brüdern" für ihren Beweis von Sympathie.

Später erwiderte Herr Krüger den Besuch des Ministers des Auswärtigen.

Persien.

Konstantinopel, 11. Dez.

Nachrichten von Teheran zufolge hat der Schah von Persien seit seiner Rückkehr aus Europa eine versöhnliche Politik gegen die Armenier eingeschlagen. Iraden sind erlassen worden, durch welche den Armeniern Handelsfreiheiten gewährt werden. Zugleich wird die Einwanderung der Armenier nach Persien ermuthigt. Man glaubt, daß der Sultan den Letzteren bei ihrer Auswanderung behülflich sein werde.

Türkei.

Konstantinopel, 11. Dez.

Heute Abend wurde im Yildiz Kiosk ein Diner zu Ehren der Offiziere des amerikanischen Schlachtschiffes „Kentucky," das vor Smyrna liegt, gegeben. Vorher hatte der amer. Geschäftsträger Lloyd C. Griscom die Offiziere dem Sultan vorgestellt. Der Großvezier und andere hohe Würdenträger waren bei dem Diner anwesend. Nachher empfing der Sultan Herrn Griscom und den Capt. Colby M. Chester in Privataudienz und später empfing er die anderen Offiziere.

China.

London, 11. Dez.

Eine Spezialdepesche aus Shanghai meldet, daß Lihungtschangs Mandschu-Sekretär Yiko, auf Befehl des Feldmarschalls Grafen Waldersee unter der Anklage verhaftet wurde, mit den Boxern geheime Beziehungen zu unterhalten.

Berlin, 11. Dez.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking, den 8. d. Mts., daß die beiden von dem Obersten Lohrscheidt und dem Major Falkenhayn befehligten deutschen Abtheilungen, welche gegen eine starke Abtheilung chinesischer Regulärer gesandt waren, die bei Tsangtschau 95 Kilometer südlich von Tientsin Stellung genommen hatten, diese, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt haben, und nach Tientsin zurückmarschirten.

Afrika.

London, 11. Dez.

Der „Evening Standard" will aus sehr verläßlicher Quelle wissen, daß eine Schlacht zwischen den Briten unter dem General Knox und den Buren unter General Dewet im Gange ist.

Aus der Bundeshauptstadt.

Washington, D. C., 11. Dez.

Die Minorität des Ausschusses für Mittel und Wege hat ihren Bericht über die Kriegssteuer-Ermäßigungsvorlage vervollständigt und veröffentlicht. Dieser Bericht empfiehlt eine Ermäßigung der Kriegssteuern um insgesammt 70 Millionen Dollars, also um etwa 30 Millionen mehr, als die Majorität dieses Ausschusses empfiehlt. Er schlägt ferner eine Einkommensteuer vor. Der Bericht ist von allen demokratischen Mitgliedern des Ausschusses, den Herren Richardson von Tennessee, Swanson von Virginia, McClellan von New York, Newlands von Nevada, Cooper von Texas und Underwood von Alabama unterzeichnet. Sie sagen, die Demokraten im Haus würden der Annahme der Vorlage keine Hindernisse in den Weg legen, da eine Ermäßigung von $40,000,000 unter den Umständen besser sei als gar keine.

Der Präsident hat dem Senat folgende Postmeister-Ernennungen zur Bestätigung unterbreitet:

Illinois: W. O. Butler, La Harpe; H. C. Jones, Marion.

Missouri: William Bostian, Independence.

Indiana: H. H. Newby, Sheridan.

Minnesota: J. K. Fancher, Dodge Center.

Iowa: G. K. Covert, Vinton.

Wisconsin: J. R. Nye, Wittenberg.

Der verfügbare Baar-Bestand des Bundes-Schatzamtes beträgt dem heute veröffentlichten Ausweise zufolge $140,022,553, wovon $97,921,548 Gold ist. Dies schließt die Gold-Reserve von $150,000,000 nicht ein.

Explosion.

Glouster, O., 11. Dez.

In Folge des Versuchs, Dynamit aufzuthauen, erfolgte in der Job's Mine bei Trimbele, O., eine Explosion, durch welche Dow Lefever und John Moody ihres Augenlichts beraubt wurden, während Chas. Karns schlimme Verletzungen davontrug.

Schießaffaire.

Seattle, Wash., 11. Dez.

Wm. T. Langdon von Chicago, einer der bestbekannten Sportsleute in den Ver. Staaten, erschoß hier den Eigenthümer des Spielhauses „California Club", Edward B. Shanks, in dessen Privatzimmer. Fünf Schüsse wurden abgegeben, drei von Langdon und zwei von Shanks. Langdon sagt, Shanks habe zuerst geschossen, während angeblich Shanks vor seinem Tode erklärte, daß Langdon den ersten Schuß abgegeben habe.

Ausland-Depeschen.

Waldersee und Chaffee.

Einsetzung einer provisorischen Regierung in China.

Das intriguirende Frankreich.

Deutschland.

Berlin, 12. Dez.

Der Reichstag setzte heute die Debatte über den Etat fort.

Der Sozialistenführer Bebel erklärte sich mit den gestrigen Bemerkungen des Kanzlers v. Bülow betreffs der Politik der deutschen Regierung in der Transvaal-Frage im Allgemeinen einverstanden und fügte hinzu: „Wir haben allen Grund, mit England auf freundschaftlichem Fuß zu stehen, ohne unsere Freiheit dadurch einzuschränken. Zugleich betrachte ich aber England's Methoden der Kriegsführung in Transvaal als barbarisch."

Fortfahrend kritisirte Bebel das Nichtempfangen Krügers. Er meinte, wenn der Präsident Loubet ihn empfing, so hätte Kaiser Wilhelm dasselbe thun können.

Betreffs der während der gestrigen Debatte erhobenen Beschwerden, daß Deutschland von den Ver. Staaten nicht so behandelt werde, wie es es verdiene, sagte der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky-Wehner, daß die von Amerika ausgeübten Zollschikanereien aufgehört haben und daß jetzt Deutschland die selben Vergünstigungen genießt wie Frankreich.

Zwei Stunden lang erging sich Bebel in einer bitteren Kritik der allgemeinen Politik der Regierung, und das Haus, das anscheinend bereit war, andere Fragen, als die in Verbindung mit dem Etat stehenden zu hören, hörte ihm aufmerksam zu.

„Wir sind erst am Anfang eines finanziellen und wirthschaftlichen Niederganges," sagte er. „Die amtlichen Zahlen zeigen, daß die Finanzen des Reiches sich in einem schrecklichen Zustande befinden."

Kaiser Wilhelm, fuhr er fort, hätte zuletzt von Allen Herrn Krüger den Rücken drehen sollen, besonders in Anbetracht der Depesche von 1896, welche die Sozialdemokraten nicht billigten, die aber vom Centrum und der ganzen Rechten gutgeheißen wurde. Was der Reichskanzler gestern im Reichstage sagte, habe er — Bebel — ganz genau schon in 1896 gesagt.

Bebel kritisirte den Kaiser, „weil er sich bei jeder wichtigen Gelegenheit von den Eingebungen des Augenblicks hinreißen läßt." Er sagte ferner, daß die Unbeständigkeit sich in Deutschlands äußere und innere Politik eingeschlichen habe. Er verlangte vom Grafen v. Bülow, Grafen Posadowsky-Wehner, dem General v. Goßler und dem Admiral v. Tirpitz Erklärungen, warum eine Anzahl Maßregeln ergriffen wurden, wie z. B. die Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zum Bau von Kanonenboote für die chinesischen Gewässer durch den Kaiser, ohne daß die Erlaubniß des Reichstags eingeholt wurde.

Der Freisinnige Richter, er sich noch schärfer ausdrückte, sagte, er sei infolge der Rede des Grafen Posadowsky-Wehner zu dem Schlusse gekommen, daß der letztere mit den Ansichten und Versprechungen des Reichskanzlers nicht übereinstimme.

Graf Posadowsky sagte in einer längeren Rede, die hauptsächlich zu seiner Vertheidigung diente, u. A. folgendes:

„Ich kann nicht sagen, daß der amerikanische Präsident von Zoll-Wiedervergeltungsmaßregeln sprach, wie die Herren Bebel und Richter behauptet haben, denn die Zollverbote, die wir erlassen haben, sind unbedeutend gegen die noch bestehenden amerikanischen Erschwerungsmaßregeln."

Berlin, 12. Dez.

Die Morgenblätter besprechen die Antwort des Reichskanzlers wegen der unterlassenen Reise des Präsidenten Krüger nach Berlin günstig. Sie beklagen aber, daß er noch immer nicht seine innere Politik auseinandergesetzt habe. Die „Nationalzeitung" erklärt, trotz ihrer Sympathie mit den Buren, daß das deutsche Volk Graf Bülow's Politik gegen die Buren billige. Das „Tageblatt" schreibt, daß Graf Bülow nicht die Frage beantwortet habe, weshalb es nöthig gewesen sei, dem Präsidenten Krüger einen Affront anzuthun, wenn man auch zugestehen wolle, daß Deutschland den Buren nicht helfen könne. Die „Voss. Ztg." erklärt sich damit zufrieden, daß der Reichskanzler den Beweis dafür erbracht habe, daß Deutschland und Holland wiederholt den Präsidenten Krüger gewarnt hätten. Letzterer habe aber diese Warnungen unbeachtet gelassen.

Der Führer der sozialdemokratischen Partei, Bebel, erklärte heute im Reichstage anläßlich der gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers, daß Deutschland alle Veranlassung habe, mit England freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, ohne damit seine eigene Bewegungsfreiheit zu beschränken.

Schon gleich als Kaiser Wilhelm den Besuch des Präsidenten Paul Krüger ablehnte, ging durch die Blätter die Meldung, die Absage des Kaisers sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß man in den hiesigen amtlichen Kreisen erfahren habe, der Abstecher Krüger's nach Berlin sei erst in Paris geplant worden, und daß man darin eine französische Intrigue witterte. Diese Annahme hat sich inzwischen vollauf bestätigt. Es wird jetzt bekannt, daß Krüger, um die französische Regierung für eine Intervention geneigt zu machen, in Paris darauf hinwies, daß Frankreich bei der Einfädelung des südafrikanischen Krieges die Hand im Spiele gehabt habe. Die Erinnerung hieran verstimmte in Pariser Regierungskreisen sehr und man hatte nichts Eiligeres zu thun, als Krüger mit einem politischen Wechsel auf Berlin abzuschieben. Diesen Wechsel einzulösen, erachtete die deutsche Regierung aber nicht für ihre Aufgabe. Die französische Regierung handelte auch insofern illoyal gegen Deutschland, als sie nicht in Berlin anzeigte, welche amtlichen Erklärungen sie Krüger mitgegeben habe. Diese Umstände bildeten den Hauptgrund der kaiserlichen Absage. Dazu kam noch die Unhöflichkeit, daß Krüger sich nicht rechtzeitig vergewissert hatte, ob sein Besuch in Berlin genehm sein würde.

Die ganze Geschichte ist, wie schon wiederholt betont, durch die diplomatische Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit des Transvaal-Gesandten Dr. Leyds herbeigeführt worden und die „Vossische Zeitung" nennt diesen mit vollem Recht den „bösen Geist" und den „verhängnisvollsten Rathgeber" Krüger's.

Wie neulich gemeldet, erwiderte Graf Posadowsky im Reichstag auf eine unerwartete Anzapfung der Abg. Dr. Roesicke betreffs des Krüger-Zwischenfalles unter Anderem, sentimentale Strömungen dürften die Entschließungen einer verantwortlichen Regierung, von denen nicht nur Deutschlands Frieden, sondern unter Umständen auch der Weltfrieden abhinge, nicht beeinflussen. Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich über diese Erklärung sehr indignirt aus. Sie verlangen von der Regierung Aufklärung darüber, weshalb Deutschland England gegenüber sich in einer unfreien und demüthigenden Lage befinde, und fragen, ob vielleicht der China-Karren verfahren sei.

Die „Berliner Volkszeitung" fällt über einen Mommsen'schen Artikel in der „Nation", in welchem der berühmte Historiker die Haltung der Regierung in der Krüger-Frage gutheißt, wüthend her. Professor Mommsen, sagt das Blatt, garnire die Schlachtbank in Südafrika mit honigsüßen Worten. Er erkläre die englischen Henker für unverletzlich und die politische Moral der Kulturstaaten für ohnmächtig. Zum Schluß fordert das Blatt die Menschheit auf, die Philosophen zu steinigen, die ihr seit Jahrtausenden vorlogen, daß die Kultur fortwährend fortschreite.

Legationssekretär van der Hoeven hat im Auftrage Paul Krüger's auch im Mausoleum des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh und am Sarge Moltke's in Kreisau Kränze niedergelegt.

Die Ankündigung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Frhr. von Thielmann im Reichstag, daß die Regierung im Februar einen weiteren Nachtragskredit für China in Höhe von hundert Millionen Mark fordern werde, hat in ganz Deutschland einen schweren Seufzer hervorgerufen. Der „Vorwärts" sieht sogar bereits den Bankerott des deutschen Reiches voraus.

Die „Deutsche Tageszeitung" bezeichnet es als „aufdringlich", daß der Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin, Schmoller, als Vorsitzer des Vereins für Sozialpolitik dem Reichskanzler Grafen Bülow eine von ihm verfaßte Broschüre „Beiträge zur neusten Handelspolitik Deutschlands" überreicht hat.

Der Riesenprozeß Sternberg, der am 2. November begann, nähert sich seinem Ende. Es sind nur noch zwölf Zeugen zu vernehmen. Die Geliebte des wegen Verdachts des Meineids bereits verhafteten Zeugen Wolff, ein Frauenzimmer Namens Saul, ist unter der Anschuldigung, Zeugen beeinflußt zu haben, verhaftet worden.

Wie man jetzt erfährt, sind Berliner Kriminalbeamte in Cherbourg an Bord des Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große", auf dem die „Masseuse" Fischer von New York herüberkam, gegangen, um alle Bewegungen der Fischer zu überwachen.

Großbritannien.

London, 12. Dez.

Eine Frage, welche heute im britischen Unterhaus an die Regierung gestellt wurde, hatte die offizielle Erklärung zur Folge, daß unter den britischen Truppen in Südafrika allein 15,625 Typhus-Erkrankungen bis jetzt vorgekommen, und 3,642 derselben tödtlich verlaufen sind.

London, 12. Dez.

Das Kriegsamt ist betreffs der angeblich im Gange befindlichen Schlacht zwischen dem General Knox und dem Burengeneral Dewet sehr zugeknöpft, aber die Anzeichen sind, daß das Amt Nachrichten erhalten hat, die darauf schließen lassen, daß die Briten beträchtliche Erfolge gegen Dewet errungen haben.

Niederlande.

Haag, 12. Dez.

In der zweiten Kammer beantragte heute der Minister des Auswärtigen Dr. W. H. de Beaufort die Interpellation des Grafen von Byland wegen der zwischen Portugal und den Niederlanden herrschenden Spannung. Der Minister erklärte die Affäre für übertrieben dargestellt. Am 17. November habe der holländische Gesandte in Lissabon mitgetheilt, daß Portugal das Exequatur des niederländischen Consuls Pott in Lourenco Marques zurückzuziehen beantragt, worauf die niederländische Regierung es nicht vorzog, den Consul abzuberufen. Die portugiesische Regierung beschuldigte Herrn Pott der Unterstützung der Einfuhr von Kriegscontrabande. Da der niederländischen Regierung hiervon nichts bekannt war, konnte sie ihren Consul nicht ohne eine genauere Untersuchung abberufen und tadelte denselben, diese Angelegenheit aufzuklären. Konsul Pott hat hierauf um Urlaub, um nach Europa zu kommen, der ihm gewährt wurde. Zugleich ersuchte die niederländische die portugiesische Regierung um Gewährung einer 3-monatlichen Frist, in der man die Sache klar zu stellen hoffe.

Die niederländische Regierung habe angenommen, daß Portugal hiermit zufrieden sei und sei deshalb überrascht gewesen, als sie erfahren habe, daß Portugal auf der Abberufung des Konsuls bestehe. Der Minister wußte nicht, ob hierfür neue Beschwerdegründe vorlagen. Es wurde jetzt der niederländische Gesandte in Lissabon heimberufen, um die Sachlage zu erklären. Herr Pott werde in einem Monat erwartet. Der Interpellant erklärte, daß er auf eine friedliche Beilegung hoffe. Hierauf wurde der Gegenstand fallen gelassen.

Die niederländische Regierung hat heute bestimmt und endgiltig erklärt, daß sie nicht die Initiative für den Vorschlag eines Schiedsgerichts in dem südafrikanischen Kriege ergreifen werde.

Haag, 12. Dez.

Die Entscheidung der niederländischen Regierung, daß sie nicht die Initiative zu dem Vorschlag eines Schiedsgerichtes in der Transvaal-Angelegenheit ergreifen könne, wurde in einer Conferenz bekannt gegeben, an der Krüger, Dr. Leyds und der holländische Minister des Aeußeren, N. G. Pierson, theilnahmen. Herr Krüger theilte mit, daß seine Reise den Zweck habe, für die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu wirken, worauf der holländische Minister erwiderte, daß die Niederlande sich passiv verhalten müssen. Die Initiative stehe den Großmächten zu. Wenn die Großmächte eine diesbezügliche Entscheidung getroffen hätten, dann würde Holland sehen, was es thun könne.

Norwegen.

Christiania, 12. Dez.

Professor Nordenskiöld ist hier von Upsala angekommen, um Vorbereitungen zu seiner Reise nach dem nördlichen Eismeere zu treffen.

Der bekannte Schriftsteller Henrik Ibsen wiederholt im Orebladet seine früheren Beschuldigungen gegen die Buren. Diese hätten früher schwächere Völkerstämme unterjocht und verdienten nicht die ihnen in vielen Ländern entgegengebrachte Sympathie.

China.

Berlin, 12. Dez.

Im auswärtigen Amte wurde auf Grund einer soeben von dem Feldmarschall Grafen Waldersee eingetroffenen Depesche dessen Controverse mit dem amerikanischen General Chaffee folgendermaßen dargestellt:

General Chaffee schrieb dem Feldmarschall Grafen Waldersee einen in brutalem Tone gehaltenen Brief, dessen Empfang der Feldmarschall ablehnte und ihn an den Absender zurücksandte. Dieser sandte alsdann einen zweiten Brief, in dem er wegen der anstößigen Ausdrücke des ersten um Entschuldigung bat, worauf der Feldmarschall den Zwischenfall durch eine Einladung zum Frühstück in freundschaftlicher Weise für geschlossen erklärte.

Peking, 12. Dez.

Heute traten die Gesandten zusammen, um über die Beglaubigungsschreiben der chinesischen Bevollmächtigten zu berathen. Einige Minister erklärten, daß sie von ihren Regierungen ermächtigt seien, Lihungtschang und den Prinzen Tsching als Bevollmächtigte der chinesischen Regierung während der Friedensverhandlungen anzusehen, während der deutsche und englische Gesandte und einige andere noch keine Instruktionen von ihren Regierungen erhalten hatten.

Lihungtschang stattete heute dem amerikanischen General Chaffee einen Besuch ab und theilte ihm mit, seine Ermächtigung mit den auswärtigen Gesandten zu verhandeln, sei absolut und vollständig, obwohl sie ihm telegraphisch übermittelt sei.

Graf Waldersee übermittelte dem britischen General Gaselee über $63,000 als den britischen Antheil der in Paotingfu gemachten Beute. General Gaselee übergab die Summe dem britischen Gesandten, der sie zur Unterstützung von bedürftigen Chinesen verwenden will.

Gestern kam hier ein Eisenbahnzug von Tientsin mit 4 Wagen ohne Unfall an. Die Bahn kann jetzt als betriebsfähig angesehen werden.

Bei der heutigen Zusammenkunft der provisorischen Regierung waren die Ver. Staaten durch den Hauptmann Dodds vertreten. Alle Mächte sind mit dem Plane einer gemeinsamen Regierung einverstanden, nur der französische Gesandte verlangt, daß das französische Gebiet von der gemeinsamen Regierung ausgenommen sei. Eine Anzahl Unterkomites wurde erwählt.

Obwohl die gemeinsame Regierung aus Offizieren besteht, sollen doch die Grundsätze der Civilregierung gelten. Mehrere hohe chinesische Beamte erklären sich bereit, die provisorische Regierung zu unterstützen.